Nr. 92
März 2021

Für den Landkreis Göppingen in Berlin

SPD

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

während sich einige Wenige an der Krise bereichert haben, ist sie für die allermeisten von uns weiterhin eine enorme Belastung — gesundheitlich, beruflich, finanziell, psychisch. Das Virus durchkreuzt unseren Alltag, es durchkreuzt so manche Lebensplanung und zwingt immer wieder zu unpopulären Entscheidungen. Dass der Lockdown verlängert wird, ist angesichts rasant steigender Infektionszahlen und neuer Mutationen folgerichtig.

Dass immer wieder um ein gemeinsames Vorgehen zwischen Bund und Ländern gerungen wird, dass Einzelentscheidungen bis in die Nacht hinein verhandelt werden, ist angesichts der Tragweite der Maßnahmen unumgänglich. Ebenso richtig ist es aber auch, Fehler zu korrigieren, sobald sie erkannt werden. Und dennoch glaube ich, dass gerade jetzt entschiedenes Handeln und sorgfältiges Kommunizieren gefragt sind. Ein kurzes, aber konsequentes Herunterfahren wäre nötig, um vielfaches Leid und eine Überforderung unserer Krankenhäuser zu vermeiden.

Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass wir die Aufgabenverteilung in unserem föderalen Gefüge nach der Pandemie neu ordnen müssen. In einer Krise wie dieser braucht es stärkere Rechte des Bundes. Eine wichtige Aufgabe für die nächste Legislaturperiode.

Gerade jetzt, wo wir einige Rückschläge in der Bekämpfung der Pandemie erleben mussten, sind Beharrlichkeit und Geduld vonnöten. Fortschritte beim Impfen sind der Schlüssel zum Erfolg. Die in Aussicht stehenden Impfstofflieferungen lassen mich zuversichtlich sein, dass es gelingt, bis Ende des Sommers alle, die es wollen, zu impfen. Also heißt es jetzt: auf in die hoffentlich letzte Runde.

Trotz der schwierigen Lage und des nun auch ausfallenden Osterurlaubs, den einige vielleicht geplant hatten, wünsche ich Ihnen und Euch frohe Ostern. Wir alle können ein paar Tage der Erholung wahrlich gebrauchen in dieser anstrengenden Zeit.

Ihre/Eure

Heike Baehrens

Lassen die Christdemokraten die Pflegereform platzen?

Seit Jahren fordern wir als SPD – in der Bundestagsfraktion, als Bundespartei und auf Landesebene – eine Reform der Pflegeversicherung. Dreh- und Angelpunkt dabei ist, die finanzielle Belastung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen zu begrenzen und die Pflegeversicherung zukunftsfest zu machen. Die Union hielt sich dazu lange Zeit bedeckt, aber mit dem wachsenden Druck durch steigende Eigenanteile und Forderung nach ihrer Deckelung nicht nur von Seiten der SPD, sondern auch von vielen Verbänden, Krankenkassen etc. musste Spahn reagieren. Nicht gerade fair, aber öffentlichkeitswirksam stellte er dann Eckpunkte einer Reform in der BILD-Zeitung vor. Erst Wochen später erhielten wir als Koalitionspartner diese Eckpunkte schriftlich. Nun, ein halbes Jahr vor Ende der Legislaturperiode, liegt ein Arbeitsentwurf – also noch kein Gesetzentwurf – vor und bleibt nicht nur weit hinter unseren Forderungen zurück, sondern auch hinter den Ankündigungen in Spahns Eckpunkten. Schlimmer noch, er sieht in vielen Bereichen Verschlechterungen vor, vor allem für die Anerkennung von Tarifen in der Pflege. Aber auch Leistungskürzungen in den wichtigen Bereichen der Tages- und Verhinderungspflege sind angedacht. Die für die Reform veranschlagten Kosten sind enorm hoch, obwohl nicht einmal mehr eine Deckelung der Eigenanteile vorgesehen ist. Doch jetzt hat offenbar die eigene Fraktion dem Minister die gelb-rote Karte gezeigt. Ob Spahn überhaupt Unterstützung aus den eigenen Reihen bekommt, vor allem von deren Haushältern, ist fraglich. Auch inhaltlich gibt es erhebliche Differenzen innerhalb von CDU und CSU.

Wir als SPD haben klare Ansprüche an eine Pflegereform, die den Namen verdient: Wir wollen eine Reform, die die Pflege stärkt, Pflegebedürftige solidarisch entlastet, bestehende Leistungen erhält und für alle zugänglich macht.

- **Wir wollen eine echte Deckelung der pflegebedingten Kosten und eine solidarische Übernahme der Kostensteigerungen durch die Pflegeversicherung.**
- **Wir fordern die Absenkung des pflegebezogenen Eigenanteils bis auf Null für diejenigen, die über einen langen Zeitraum auf stationäre Pflege angewiesen sind.**
- **Wir wollen, dass paritätisch ausgehandelte Tarifverträge Voraussetzung für Versorgungsverträge in der Pflege werden.**
- **Wir wollen eine volle Refinanzierung ordentlicher Tarifverträge.**
- **Wir stellen uns Leistungskürzungen bei der so wichtigen Tagespflege entschieden entgegen.**
- **Wir fordern eine Unterstützung der Einrichtungen dabei, neues Personal zu gewinnen und einzustellen.**
- **Wir fordern ein Zusammenlegen der Privaten und der Sozialen Pflegeversicherung zu einer Pflegebürgerversicherung.**
- **Wir stellen uns gegen steuergeförderte private Versicherungsprodukte, die vor allem auf Besserverdienende abzielen. Stattdessen müssen Steuermittel für gesamtgesellschaftlichen Nutzen eingesetzt werden, z.B. für Rentenbeiträge für pflegende Angehörige.**

Transparenz in der Bundespolitik

Die Maskenaffäre ist skandalös und beschädigt das Ansehen des Parlaments. Immer deutlicher wird die tiefe Verstrickung von Unionspolitikern in einem System der persönlichen Bereicherung.

Dadurch ist unser Koalitionspartner in echte Erklärungsnöte geraten und musste endlich seine Blockadehaltung gegen strengere Regeln zur Lobbykontrolle und Transparenz von Nebeneinkünften aufgeben. Es geht dabei nicht nur um die Aufarbeitung von Einzelfällen, sondern um klare und verschärfte gesetzliche Regeln und auch um rechtliche Konsequenzen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen 10-Punkte-Plan vorgelegt, der Parteivorstand hat einen entsprechenden Beschluss gefasst, mit dem wir bei der kommenden Wahl antreten. Wir werden den Druck auf CDU und CSU weiter hochhalten. Lange Zeit stand die Union auf der Bremse, jetzt müssen der öffentlich geäußerten Empörung auch Taten folgen. Wir geben uns nicht mit internen Richtlinien zufrieden, nur Selbstverpflichtungen reichen nicht.

Wir wollen

1. ein Lobbyregister mit scharfen Sanktionen,

2. eine Ausweitung von Anzeigepflichten bei Nebentätigkeiten und Nebeneinkünften im Abgeordnetengesetz, um für mehr Transparenz zu sorgen und

3. eine Verschärfung der Strafen für Bestechung und Bestechlichkeit im Parlament. Denn sie sind keine Kavaliersdelikte, sondern schwere Kriminalität.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Veröffentlichungspflicht für Parteispenden abgesenkt wird.

Nach der Affäre um Phillip Amthor konnten wir der Union eine Zustimmung zum seit langem von uns geforderten Lobbyregister abringen. Nach weiteren zähen Verhandlungen gehen wir endlich einen ersten Schritt zu mehr Transparenz und führen ein Lobbyregister ein. Wer Lobbyarbeit gegenüber dem Bundestag und der Bundesregierung betreibt, muss sich künftig in dieses verbindliche Lobbyregister eintragen. Bei Verstößen droht ein Ordnungsgeld von bis zu 50.000 Euro. Außerdem werden wir einen Verhaltenskodex einführen. Verstöße dagegen werden im Lobbyregister veröffentlicht. Lobbyist:innen, die sich nicht an die Verhaltensregeln halten, bekommen außerdem keinen Hausausweis und können nicht mehr an öffentlichen Anhörungen des Bundestages teilnehmen.

Allerdings wurde der sogenannte „exekutive Fußabdruck“ weiterhin von der Union verhindert. Ein solcher Fußabdruck hätte nachvollziehbar gemacht, welche Forderungen von welchen Verbänden Einfluss auf die Ausgestaltung eines Gesetzes haben. Es ist nicht per se verwerflich, dass Interessenverbände ihre Anliegen gegenüber dem Gesetzgeber und der Regierung vertreten und hörbar machen. Das Recht dazu ist viel mehr wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie. Gesetze müssen immer daraufhin abgewogen werden, welche Auswirkungen sie auf verschiedene Gruppen in unserer Gesellschaft haben. Dabei ist eine Expertise von außen oft sogar notwendig. Ich spreche bei Pflegegesetzgebung zum Beispiel immer mit Menschen, die professionelle Pflege organisieren.

Aber klar ist auch: Die Bürgerinnen und Bürger müssen wissen, wer sich für welche der manchmal in Konkurrenz stehenden Ziele einsetzt und welche dieser Ziele sich schlussendlich durchgesetzt haben. Und natürlich muss sichergestellt werden, dass keine illegalen Mittel eingesetzt wurden, um Ziele zu erreichen.

Genauso haben die Bürgerinnen und Bürger ein Anrecht zu wissen, womit wir Abgeordnete unsere Zeit verbringen. Denn auch wenn nicht alle Nebentätigkeiten verwerflich sind, sollte doch die Ausübung des Mandats im Mittelpunkt des Lebens der Abgeordneten stehen.

Unterwegs im Landkreis

Herzensthema

Mit Andreas Stoch sprach ich am Internationalen Frauentag unter anderem darüber, warum Pflege bessere Arbeitsbedingungen und gute Löhne braucht. Die Stärkung der sozialen Berufe ist eben immer auch eine Frage der Gleichstellung. In über 20 Digitalgesprächen habe ich gespürt, dass unseren Landespolitikerinnen und Landespolitikern das Thema Pflege echt am Herzen liegt.

Antrittsbesuch

Seit 14. Januar ist Alex Maier der neue Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt **Göppingen**. Bei meinem Antrittsbesuch haben wir uns beide noch einmal gemeinsam gefreut, dass es gelungen ist, für die Sanierung des Göppinger Freibades 3 Millionen Euro Förderung vom Bund „an Land zu ziehen“.

Engagement

Mit Sabrina Hartmann bei der Kundgebung zum Gleichstellungstag auf dem Göppinger Marktplatz. Es ist sehr schade, dass ihr starker Wahlkampf nicht belohnt wurde durch ein Mandat für den Landtag. Als Gemeinderätin in Salach und als engagierte Kreisvorsitzende wird sie weiterhin die Sozialdemokratie bei uns im Kreis prägen.

Aus dem Stuttgarter SWR-Studio live zugeschaltet zur Sendung des NDR Info zum Thema „Die große Last der Pflegenden - was hat sich durch Corona verändert?“ Ein gutes Gespräch mit Expertinnen und Experten aus Praxis und Wissenschaft und Zuhörerinnen und Zuhörern, die uns ihre Fragen stellen konnte.

Bürgerbüro

Roth Carré Schillerplatz 10
73033 Göppingen
Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159

heike.baehrens.wk@bundestag.de

heike.baehrens@bundestag.de

Stand: 26. März 2021, 10 Uhr